

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

RUSSLAND, MITTELOST UND INDOCHINA

Die Sowjetunion befindet sich gegenwärtig, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in einer Phase innerer Unsicherheit. Bedeutsamstes Symptom dafür ist die Verschiebung des 24. *Parteitages* der KPdSU auf den kommenden März. Statutengemäss hätte der Kongress bereits im Frühling 1970 stattfinden sollen. Freilich ist der vorgeschriebene Vierjahresturnus auch in der Vergangenheit nicht immer streng eingehalten worden. Zwischen dem 18. und dem 19. Parteitag klaffte eine Lücke von dreizehn Jahren – bedingt durch den Krieg –, und auch der 23. folgte erst viereinhalb Jahre auf den 22., aber in der Zwischenperiode lag die Absetzung Chruschtschews im Oktober 1964, so dass zumindest ein *Motiv* für die Hinauszögerung erkennbar war.

Die Position Breschnews und Kossygins

Heute hingegen sind auf den ersten Blick keine plausiblen Gründe für eine Verschiebung erkennbar. Die Troika Breschnew-Kossygin-Podgorny sitzt scheinbar fest im Sattel. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die Ankündigung, der Parteitag werde erst im März 1971 stattfinden, eine Flut von Spekulationen auslöste. Knapp vierzehn Tage zuvor hatte Breschnew ausdrücklich versichert, der Kongress werde noch dieses Jahr zusammentreten. Die Festlegung des neuen Termins bedeutete deshalb so etwas wie eine *Desavouierung* des Parteichefs. Dass gleichzeitig von Moskau aus gezielte Indiskretionen über den angeblich geschwächten Gesundheitszustand

des Generalsekretärs in den Westen gelangten, gab den Gerüchten über Breschnew neue Nahrung.

Es ist vorläufig schwierig, Mutmassungen und Tatsachen zu trennen. Schon seit Monaten beschäftigen sich die Kreml-Astrologen mit angeblichen Machtkämpfen in der Sowjethierarchie. Die Überlegungen konzentrierten sich dabei jedoch hauptsächlich auf die Person Ministerpräsident *Kossygins*, dessen Position gefährdet schien. Nun hat jedoch die Bestätigung Kossygins in seinem Amt durch den Obersten Sowjet und die Ankündigung, auf dem Parteitag werde der Regierungschef den Rechenschaftsbericht über die Wirtschaftslage unterbreiten, den Spekulationen um Kossygin zunächst den Boden entzogen. Dafür rückte nun Breschnew selbst in den Mittelpunkt.

Man wird gut daran tun, diesen Berichten mit Skepsis und Zurückhaltung zu begegnen. Wichtigstes Indiz, dass innerhalb der Kreml-Führung Spannungen herrschen, ist die *angespannte Wirtschaftslage* in der Sowjetunion, und es gehörte von jeher zur Taktik des Regimes, sachlichen Schwierigkeiten durch Wechsel in der obersten Führungsspitze zu begegnen. Das will jedoch nicht heissen, dass die Situation bereits wieder so weit gediehen sei wie am Ende der Ära Chruschtschew im Spätsommer und Herbst 1964. Auch weiss man nicht, wer schliesslich mit der Verantwortung belastet und zum Sündenbock gemacht werden soll. Das System der *kollektiven Führung*, das sich in den letzten Jah-

ren eingespielt hat, lässt hier manche Variationen als möglich und denkbar erscheinen.

«Sicherung» des Satellitenblockes

Inzwischen hat die Sowjetunion ihre Anstrengungen zur Sicherung ihrer Position in den osteuropäischen Staaten fortgesetzt. In der ersten Juliwoche begab sich eine Staats- und Parteidelegation von Moskau nach *Bukarest*, um dort den sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandspakt zu unterzeichnen. Die Analogie zu dem Anfang Mai mit der Tschechoslowakei abgeschlossenen Vertrag liegt auf der Hand. Immerhin gelang es Rumänien, sich einige Reservate zu sichern: das Comecon bleibt ausgespart, und auch von der beschränkten Souveränität sozialistischer Länder, mit welcher die Unterwerfung der CSSR motiviert wurde, ist in dem Bukarester Abkommen nicht die Rede. Moskau hat sein Missfallen an der rumänischen Hartnäckigkeit dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die sowjetische Delegation nicht – wie ursprünglich vorgesehen – von Parteichef Breschnew, sondern von Ministerpräsident Kossygin angeführt wurde. Aber auch wenn es den Rumänen gelungen ist, sich eine gewisse aussenpolitische Bewegungsfreiheit zu bewahren, so deutet doch der Pakt an, wie klein für Bukarest der Spielraum ist. Ohne Zweifel wird Moskau alles daran setzen, ihn in Zukunft noch weiter einzuengen.

Unmittelbar vor dem Vertragsabschluss mit Rumänien hat sich in der Tschechoslowakei ein weiterer Akt des *Dubcek-Dramas* abgespielt. Der ehemalige Parteisekretär und prominente Repräsentant des Reformflügels ist nun auch aus der Partei ausgeschlossen worden. Gleichzeitig trat er von seinem Posten als Botschafter in Ankara zurück, den er erst vor einigen Monaten übernommen hatte, ebenfalls büsste er sein Parlamentsmandat ein. Die Schraube zunehmenden Druckes hat sich um eine weitere Windung gedreht. Niemand weiss, ob damit das Ende der Tragödie erreicht ist oder das

Kesseltreiben gegen Dubcek schliesslich in einen Schauprozess ausmünden wird. Die Absichten Moskaus im Fall Dubcek sind klar: das Schicksal des tschechoslowakischen Reformkommunisten soll potentiellen Nacheiferern als Warnung und Abschreckung dienen. Für einen eigenen nationalen Weg der osteuropäischen Satellitenparteien, der die sowjetische Herrschaft im Vorfeld gegen Westeuropa auflockern könnte, hat der Kreml kein Verständnis.

Verschärfte Konfrontation im Nahen Osten

Der Nahe Osten ist in den letzten Wochen zum *Experimentierfeld der Friedensbemühungen* der beiden Supermächte geworden. Der amerikanische Staatssekretär *Rogers* hat Ende Juni den beteiligten Staaten seinen Friedensplan unterbreitet. Der Öffentlichkeit sind bisher genauere Details des amerikanischen Projektes vorenthalten worden; immerhin ist so viel durchgesickert, dass er von Israel nur einen teilweisen Rückzug aus den im Sechstagekrieg von 1967 besetzten Gebieten verlangt und andererseits einen dreimonatigen Waffenstillstand in Aussicht nimmt, der der gegenwärtigen Phase gesteigerter Kriegführung ein Ende bereiten soll.

Rogers' Vorschlag ist von den direkt betroffenen Ländern mit *Zurückhaltung* aufgenommen worden. Israels Ministerpräsidentin *Golda Meir* hat ihn im Prinzip begrüsst, eine temporäre Waffenruhe jedoch abgelehnt, da eine solche vor allem der Gegenseite zugutekommen würde. Präsident *Nasser* hat sich kurz nach Bekanntwerden der amerikanischen Initiative nach *Moskau* begeben. Das Ergebnis seiner drei Wochen dauernden Unterhandlungen lässt ebenfalls wenig Hoffnung auf eine baldige friedliche Lösung des Konfliktes. In dem gemeinsamen sowjetisch-ägyptischen Communiqué wird der Vorstoss des Staatsdepartementes in keiner Weise erwähnt, sondern lediglich erneut die Forderung nach dem Abzug der Israelis

aus allen okkupierten Territorien gefordert. Die Standpunkte bleiben weiterhin unvereinbar.

Inzwischen haben sich auf amerikanischer Seite gewisse *Differenzierungen* abgezeichnet. Präsident *Nixon* hat in einem Fernsehgespräch, in welchem er die Situation im Nahen Osten in dramatischer Weise als ausserordentlich gefährlich charakterisierte, Israel *verstärkte Rücken-deckung* gegeben. Im Nachhinein sind die Erklärungen des Präsidenten in Washington abgeschwächt worden; vor allem trat man der Interpretation entgegen, als planten die Vereinigten Staaten eine direkte militärische Intervention in den Konflikt. Für Israel selber bedeuteten die Worte des amerikanischen Präsidenten eine gewisse Beruhigung, nachdem der Pessimismus und die Skepsis über die Effektivität der amerikanischen Unterstützung in den vergangenen Monaten dauernd gewachsen waren. Nach wie vor aber ist das israelische Kabinett in sich selbst gespalten und unsicher über den einzuschlagenden Weg, um den militärischen Erfolg von 1967 in politische Sicherheiten umzumünzen. Den konzilianteren Worten Aussenminister *Abba Eban*s stehen militante Äusserungen anderer Regierungsmitglieder gegenüber. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung ist in den letzten Wochen, trotz der intensiven Anstrengungen Washingtons und trotz optimistischer Erklärungen des UN-Generalsekretärs *U Thant* eher geschwunden, und die Besorgnis, die militärische Eskalation beginne sich zu akzelerieren, hat sich verstärkt.

Abzug aus Kambodscha

In der gleichen Fernsehdebatte, in der *Nixon* in alarmierender Art über den Nahen Osten sprach, begründete der Präsident auch seine Politik in *Vietnam* und *Kambodscha*. Die amerikanischen Truppen sind fristgerecht auf den 30. Juni aus

Kambodscha zurückgezogen worden. Nach *Nixons* Darstellung, die auch in einem umfangreichen «Weissbuch» der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, gibt es *keine Möglichkeit einer militärischen Lösung* des Indochina-Konfliktes. Mit andern Worten – es wird auf die Notwendigkeit von Verhandlungen hingewiesen, und um die Bereitschaft der USA zur Intensivierung der Pariser Vietnamgespräche zu unterstreichen, hat *Nixon* am 30. Juni den Diplomaten *David K. Bruce* zum neuen Chef der amerikanischen Delegation ernannt.

Es bleibt abzuwarten, wie weit diese Geste von der Gegenseite honoriert wird. Bisher schleppten sich die Unterhandlungen in Paris ohne sichtbaren Fortschritt dahin, und es gab in kaum einer Verhandlungsphase ein Indiz für eine Antwort auf die in den letzten beiden Jahren von amerikanischer Seite her recht häufig gegebenen «Signale». Auch die Expedition nach *Kambodscha*, in der offiziellen Sprachregelung Washingtons als «*Inursion*» bezeichnet, scheint dazu kaum angetan, *Hanoi* zum Einlenken zu bewegen. Die Ergebnisse des amerikanischen Eingreifens sind zwiespältig: zwar ist es offensichtlich gelungen, die kommunistischen Stützpunkte längs der Grenze zwischen *Kambodscha* und *Südvietnam* zu beseitigen, aber gleichzeitig ist die Position des *Vietcong* und der *Nordvietnamesen* im Norden und Osten *Kambodschas* gefestigt worden. Da nach amerikanischer Darstellung aber die ganze Operation ohnehin nur als eine Etappe im Abbau der eigenen Präsenz in *Südvietnam* gedacht war, muss man zum Schluss gelangen, dass die Intervention letztlich lediglich dazu diente, *Südvietnam* eine Atempause zu verschaffen, in welcher sich der Rückzug der US-Streitkräfte leichter bewerkstelligen lässt. Ob durch diese Taktik ein Einlenken *Hanois* und des *Vietcong* erzwungen werden kann, erscheint mehr als fraglich.

Fabius

Das Ende eines Tabus

Antisemitismus ante portas? Angesichts der «antizionistischen» Hetze in der Sowjetunion und einigen Satellitenstaaten, der Kampagne der «Neuen Linken» gegen das «imperialistische und rassistische» Israel, der Diskussion in Frankreich über die «doppelte Loyalität» der Juden muss man die Frage stellen, ob sich der uralte Antisemitismus nicht als moderner «Antizionismus» zu tarnen beginnt.

Natürlich wäre es eine unzulässige Verallgemeinerung, nun in jeder Kritik Israels oder der Politik Jerusalems mehr oder weniger versteckten Antisemitismus zu wittern. Andererseits zeigen sich in manchen Angriffen auf Israel ganz bestimmte Parallelen zum traditionellen Judenhass – und dies nicht nur im Ostblock, wo antiisraelische Karikaturen direkt aus dem «Stürmer» stammen könnten. Es ist auch vermutlich kein Zufall, dass gleichzeitig mit einer verstärkten Kampagne gegen den Judenstaat sich wieder antisemitische Erscheinungen zeigen, an die man seit 25 Jahren nicht mehr gewöhnt war. Offenbar sind die Vorurteile gegen die Juden noch nicht bewältigt, und antiisraelische Äusserungen liefern ihnen Vorwand und Alibi, um sich zu manifestieren.

De Gaulles Saat

Es liegt ein historisches Paradoxon in der Tatsache, dass gerade in Frankreich, das seinerzeit mit dem Schock der Dreyfuss-Affäre bei Theodor Herzl die Idee des «Judenstaates» ausgelöst hatte, die Diskussion um Israel und «die Juden» die heute im Westen virulenteste Form angenommen hat. Das Tabu, das seit dem Zweiten Weltkrieg gewissermassen über den Juden lag und den Antisemitismus verdrängte, wurde in jener berühmten

Pressekonferenz de Gaulles weggefegt. Der General sprach als erster europäischer Staatsmann seit Hitler wieder von «den Juden». Seine Worte sind noch in Erinnerung: Elitevolk, herrschsüchtig und selbstsicher, welches «das Übelwollen in gewissen Ländern, zu gewissen Epochen selber provoziert, genauer noch, hervorgerufen» habe. Damit waren die Schleusen wieder geöffnet, die Folgen sollten nicht ausbleiben. Als der Generalpräsident sein Referendum verlor und von der Bühne abtrat, liess der französische UNO-Botschafter Armand Béard im Kreise von Journalisten vernehmen, «l'or Juif» sei daran schuld. Bereits zuvor hatte de Gaulle eine Untersuchung angeordnet, ob nicht etwa ein okkultes Einfluss jüdischer Journalisten auf Presse und Fernsehen für die Unpopularität seiner «renversement des alliances» im Juni-Krieg verantwortlich sei. Die «verjudete Presse» – das kommt doch irgendwie bekannt vor...

Das wachsende Engagement Frankreichs auf seiten der Araber – Embargo gegen Israel und Mirage-Lieferungen an Libyen –, die Affäre der Schnellboote von Cherbourg, heizten die Gemüter erneut an. René Massigli, einst Generalsekretär des Quai d'Orsay, bezichtigte in «Le Monde» die französischen Juden der «doppelten Loyalität» und insinuierte, «dass es nicht schwer sei, sich vorzustellen, wer die israelische Regierung über das Mirage-Geschäft mit Libyen informiert habe». Die Peripetien der Pompidou-Reise in den Vereinigten Staaten trugen nicht dazu bei, Ruhe einkehren zu lassen. Bereits vor dem Staatsbesuch intervenierten hohe Regierungsbeamte bei führenden französischen Juden und legten ihnen nahe, ihre amerikanischen Glaubensgenossen zur Zurückhaltung zu ermahnen; andernfalls könnten Demonstrationen gegen den Präsi-

dentem zu einem Aufflackern des Antisemitismus führen – eine kaum verhüllte Drohung.

Bedenklichstes Resultat der gaullistischen Linie und Anzeichen dafür, wie eine staatlich geförderte antiisraelische Propaganda auf Teile der Bevölkerung wirkt, war die antijüdische Massenhysterie in Orléans vom Mai 1969, wo eine Gerüchtewelle jüdische Geschäftsleute bezichtigte, Mädchen zu entführen und zu verkaufen. Bezeichnenderweise weigerten sich damals die orthodoxen Gaullisten der Union des Démocrates pour la République, zusammen mit den andern Parteien gegen die hysterische Grundwelle Stellung zu beziehen. Später kam es in Amiens und Dinan zu analogen Vorfällen. Offensichtlich sind nicht nur die Juden – denen man auf diesem Gebiet eine gewisse Überempfindlichkeit zuschreiben könnte – beunruhigt. Im März erliess der Erzbischof von Paris, Kardinal Marty, einen Aufruf gegen den Antisemitismus, sprach von «Symptomen einer schweren Krankheit» und davon, dass «Frankreich vom Rassenhass bedroht» sei.

Dreissig Monate lagen zwischen der Gaullistischen Pressekonferenz und Kardinal Marty's Aufruf: so schnell ging die Saat auf, die der General, indem er das Tabu brach – vermutlich unbeabsichtigt –, ausgestreut hatte. Natürlich dürfen die Vorgänge in Frankreich nicht dramatisiert werden, trotzdem sind sie symptomatisch: sowohl für die enge Verquickung der Politik um Israel mit den Juden eines Landes, wie auch dafür, dass immer noch eine beunruhigende Anfälligkeit für Antisemitismus besteht.

Theologische Hypotheken im Sündenregister

Daher erhebt sich die Frage nach der Affinität von «Antizionismus» und Antisemitismus, denn die Entwicklung hat ja gezeigt, wie parallel beide Phänomene verlaufen sind. Anders ausgedrückt: finden sich im sogenannten Antizionismus Anklänge an den traditionellen Antisemitismus,

sei es in der Methodik, in einer bestimmten «Dialektik» oder ganz einfach in Klischees? Nochmals – um Missverständnisse auszuschalten – es geht hier nicht um jene Kritik an Israels Politik, an «Falken» oder «Tauben» in der Jerusalemer Regierung, an bestimmten Erscheinungen der Besatzungspolitik, Annexions-tendenzen bei nationalistischen Parteien, sondern um jene ganz spezifischen Aspekte und Methoden, die fehlen, wenn ein anderes Land unter die Lupe genommen wird.

Flagrantestes Beispiel für die Übertragung gewisser religiöser Vorurteile auf den Staat Israel ist die Sprachregelung, die sich im Lauf der Jahre um den Kleinkrieg an Israels Grenzen eingeschlichen hat. Vermutlich haben die israelischen Militärsprecher selbst den Anstoss dazu gegeben, als sie Gegenaktionen auf Guerilla-Angriffe schon in den frühen fünfziger Jahren als «Repressalien» bezeichneten. Sie dachten natürlich nicht daran, auf welchem fruchtbaren Boden dieser Ausdruck im christlichen Kulturkreis fallen würde, wo dem «rächenden Jahwe» der neutestamentliche «Gott der Liebe» entgegengehalten wird. Wenig hat es den Juden genützt, darauf hinzuweisen, dass die einschlägigen Sätze über Nächsten- und Feindesliebe bereits im Alten Testament stehen. Nur in Zusammenhang mit Israel hat sich der Brauch eingebürgert, militärische Operationen mit solcher Hartnäckigkeit als «Vergeltungsaktionen» zu bezeichnen; vergeblich sucht man den Ausdruck in Berichten von andern Kriegsschauplätzen. Französische Kommentatoren sprechen jeweils ganz ungeniert vom «loi du talion». Auch die «Weltwoche» hat neuerdings das dubiose Klischee entdeckt und schrieb den bemerkenswerten Satz: «Auge um Auge, Zahn um Zahn. Der alttestamentliche Grundsatz der Gnadenlosigkeit, dessen Konsequenz im Kriegsgeschehen die fortdauernde Eskalation des Grauens ist, hat die Spannung im Nahen Osten wieder einmal zu fataler Intensität gesteigert.» Israel ist nicht ein Staat wie andere, sondern mit einer theologischen Hypothek belastet.

Ein Potpourri der Verteufelung

Nach dem Sechstage-Krieg hat die Neue Linke die «Arroganz des Siegers» entdeckt. Zwar konnte sie, trotz eifrigem Bemühen, keine besonders schwerwiegenden Übergriffe in den besetzten Gebieten entdecken. Auch fiel es ihr recht schwer, der israelischen Armee preussischen Drill und andere Attribute arroganten Militarismus zuzuschreiben, also dekretierte sie, dass gerade die «Nonchalance» und die Lässigkeit der Soldaten ganz besonders demütigend auf die Araber wirke.

Daraus entstand die «Demütigungstheorie», nach welcher es für die durch die Niederlage tief in ihrem Stolz getroffenen Araber völlig «unzumutbar» sei, mit Israel über Frieden zu verhandeln. Wenn man bedenkt, dass gerade jene Kreise, welche die Amerikaner an den Verhandlungstisch mit Nordvietnam bringen wollten, dasselbe Prozedere im Fall Israels bekämpften, staunt man. Niemand war übrigens der Ansicht gewesen, die Japaner oder Deutschen seien durch ihre Niederlage dermassen gedemütigt worden, dass sie auf keinen Fall mit den Eroberern und Siegern an einen Tisch hätten sitzen können. Der Verdacht liegt daher nahe, dass an der Wurzel dieser Theorie von den «gedemütigten» Arabern die Ansicht steht, dass es ganz besonders demütigend sei, von Juden im Krieg besiegt worden zu sein.

«Pravda», «National- und Soldatenzeitung» und die Publikationen der Neuen Linken stossen ins gleiche Horn, wenn es um die Verdammung Israels als «imperialistischen Agenten» oder «Verbrecherstaat» geht. Die Israelis werden im gleichen Atemzug des «Rassismus» beschuldigt, in dem man ihnen mitteilt, sie seien überhaupt kein Volk und hätten somit kein Recht auf ihren Staat. Hier zeigen sich deutliche Anklänge an den traditionellen Antisemitismus, wo jeweils von rechts wie von links, gleichzeitig und frischfröhlich, den Juden völlig widersprüchliche Eigenschaften unterschoben wurden. Hauptsache, man klebt ihnen das dämonisierende Etikett der Stunde an: Heute heisst es

«imperialistisch», «kolonialistisch», «rassistisch».

Nicht genug damit: neuerdings entdeckt man auch wieder theologische Argumente. Die «Weltkonferenz der Christen für Palästina» in Beirut sprach von einer «Manipulation biblischer Texte für politische Zwecke», und sogar in der Schweiz erklärte kürzlich jemand in einem Vortrag vor der schweizerisch-arabischen Gesellschaft, dass die Bibel falsch verstanden werde, wenn man aus ihr irgend einen Anspruch der Juden auf das Heilige Land ableite. Früher warf man den Juden vor, ihre Bibel in bezug auf Jesus falsch zu interpretieren, heute in Zusammenhang mit Israel.

Doppelte Moral?

Einst offerierten «wohlmeinende» Christen den Juden die Taufe als Ausweg aus ihrer Misere. Die auf Israel bezogene moderne Variante lautet, dass der Judenstaat «entzisionisiert» werden und aufhören müsse, ein «Brückenkopf» im Nahen Osten zu sein. Auch dieses Rezept wird gleichzeitig von rechts wie von links verschrieben. Georges Pompidou gebrauchte es in New York, was im Munde eines Gaullisten besonders grotesk klingt: Wer sich noch an de Gaulles Bemühungen um Quebec, diesen frankophonen «Brückenkopf» erinnert, oder an seine lobenden Worte jeweils für «génie national» oder «personnalité propre» irgend eines Stammes in Afrika, muss sich fragen, warum eigentlich von allen Völkern die Juden kein Recht haben sollen, ihre eigene Kultur in einem eigenen Staat zu pflegen. Auch die Linke, sonst Vorkämpferin des Selbstbestimmungsrechtes, verlangt neuestens von Israel, sich selber aufzugeben und zusammen mit Christen und Moslems in Palästina einen plurinationalen Staat zu bilden. Offensichtlich dürfen alle . . . nur die Juden nicht.

In den Diskussionen über die arabischen Flüchtlinge, Grenzziehungen und «durch Eroberungen geschaffene Faits accomplis» entdeckt man im Falle Israel ein merkwürdiges Phänomen: Alle Postu-

late internationaler Moral, die andernorts nie angewendet wurden, verdichten sich hier zu Forderungen, welche an keinen andern Staat gestellt werden. Es wirkt seltsam, wenn ausgerechnet die Sowjetunion immer wieder betont, dass Grenzen nicht durch Eroberungen verschoben werden dürfen. Dieselbe schiefe Optik spielt bei der Neuen Linken und den Sowjets auch in bezug auf das arabische Flüchtlingsproblem. Dabei geht es wiederum nicht um die durchaus legitime Diskussion, wie weit Israel an der Tragödie mitschuldig ist, oder um mögliche konkrete Lösungen, sondern um jene Darstellungsweise, die aus dem Exodus der Araber 1948 ein Verbrechen sui generis konstruiert, begangen durch Israel.

Vergessen sind Indien und Pakistan, Griechenland und die Türkei, Finnlands Grenzgebiete, Oder-Neisse und Ostpreussen, die Franzosen in Algerien, historische Präzedenzfälle der jüngsten Vergangenheit, wo ebenfalls als Folge eines Zusammenpralls von Religionen und Nationalismen, oder als Nachwehen eines Kriegs, Flüchtlingsprobleme – und obendrein noch in ganz anderem Massstab – entstanden waren. Dieselben Gruppen, die den deutschen «Heimatvertriebenen» so sorgfältig auf die Finger schauen und bei jeder Rede einer ihrer Führer revanchistisches Gras wachsen hören, unterstützen bedingungslos die «Rechte des palästinensischen Volkes». Anscheinend gelten für ein Flüchtlingsproblem, das bei der Schaffung des Judenstaates entstanden ist, ganz besondere moralische Kategorien.

Als die Sowjetunion die CSSR okkupierte, fanden gerade jene, die an vorderster Propagandafront gegen Israel stehen, mildernde Umstände: Das tschechoslowakische Glacis sei für die Verteidigung des Ostblockes unerlässlich. Hier soll keineswegs der israelischen Besetzung das Wort geredet, sondern lediglich darauf hingewiesen werden, dass für den Judenstaat vielleicht ebenso zwingende strategische Überlegungen gelten, bis zu einem Friedensschluss die jetzigen Waffenstillstandslinien zu halten.

Die angeführten Beispiele scheinen doch darauf hinzudeuten, dass vielerorts beim Judenstaat andere Massstäbe angelegt werden, als bei andern Nationen. Wie einst der Antisemit dem Juden, tritt heute der «Antizionist» Israel mit Forderungen gegenüber, die er niemand anderem stellt. Hier liegt die gefährliche Affinität der beiden «-ismen». Vielleicht darf man noch nicht so weit gehen und Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzen. Trotzdem scheint es, dass gewisse im Lauf der Jahrhunderte konditionierte, antisemitische Reflexe und Denkformen nun auf den Judenstaat übertragen werden.

Jean-Paul Sartre gab einmal den bemerkenswerten und bezeichnenden Satz von sich, dass er vom Judenstaat mehr verlange als von andern Staaten. Das erinnert an jene jüdischen Eltern, die ihren Sprösslingen während des Frontenfrühlings einschärften, ja besser als andere Kinder zu sein, um keinen Antisemitismus zu provozieren. Israels Weigerung, sich «bräuer» als andere Nationen zu geben, sein Anspruch, ebenso wie alle Staaten seine ihm wesentlich scheinenden «nationalen Interessen» zu verfolgen, kurz, auch eine Staatsraison zu besitzen, diese Haltung muss natürlich in den Augen jener, die «von den Juden mehr verlangen», geradezu als historische Anmassung erscheinen.

Fatal ist nur, dass der «Antizionismus», indem er Israel mit den Epitheta der modernen politischen Dämonologie ver-teufelt, auf die Methoden eines heiligen Augustin oder Johannes Chrysostomos zurückfällt, deren Beschreibung der Juden als Söhne Satans und vom bösen Geist besessene Ungläubige den Grundstein zum Antisemitismus gelegt haben. Es könnte sehr wohl sein – Orléans, Amiens und Dinan, wie auch die neueste antisemitische Schmutzliteratur in der Sowjetunion haben es gezeigt –, dass die Teufelsfratze «progressistischer» Provenienz, die heute für Israel gebastelt wird, auch wieder andere Dämonen aus der Rumpelkammer der Geschichte herauslocken wird.

Willy Guggenheim

Bundesfeier in dieser Zeit

In den Tagen, da diese Zeilen in den Druck gehen, schicken sich im ganzen Land herum Frauen und Männer an, ihre Augustreden vorzubereiten. Zwar hat man manchenorts längst begonnen, aus der (Ferienzeit-) Not eine Tugend zu machen und die traditionelle Bundesfeierrede vom Festprogramm zu streichen. Doch im Grossteil der Gemeinden bleibt die Ansprache das Kernstück der Feiern – nicht zum eitlen Vergnügen der betroffenen Redner. Und gerade in diesem Jahr dürfte es den meisten besonders schwerfallen, den rhetorischen Rank zu finden.

Was soll man denn heute im Angesicht einer Festgemeinde in sommerlicher Ferienstimmung auch sagen? Die Beschwörung des Rütligeistes spricht wohl nur die Älteren unter uns, jene, die den Weltkrieg mit seinen Bedrohlichkeiten noch bewusst erlebt haben, einigermassen unmittelbar an. Im übrigen ist unser Zeitgeist wenig dazu angetan, den Zeitgenossen den tieferen Sinn der Eid-Genossenschaft noch lebendig im Bewusstsein zu erhalten. Man steht unter dem Eindruck, dass das weisse Kreuz im roten Feld die Herzen kaum noch höher schlagen lässt. Der Staat ist mehr und mehr zu einer Umverteilorganisation für das Sozialprodukt geworden. Eine wachsende Zahl von Bürgern ist kaum noch bereit, sich mit ihm voll zu identifizieren.

Nicht dass ein revolutionärer Drall von wirklicher Durchschlagskraft festzustellen wäre. Die «Ausserparlamentarische Opposition» hat sich als harmloses Wellengekräusel erwiesen, deren Vertreter bei ihren öffentlichen Auftritten nach Verlust des Hauchs der «Neuheit» kaum noch Wirkung erzielen. Das öffentliche Klima zeichnet sich eher durch verbreitete Gleichgültigkeit aus, die gelegentlich – wie bei der «Schwarzenbach-Initiative» – von emotionalen Bewegungen schwer durchschaubarer Art durchbrochen wird. Anläufe zu Reformen wie jener zur Total-

revision der Bundesverfassung finden wenig Widerhall. Erwecken allgemeine Betrachtungen kritischer Art über die «Mängelliste» der Konkordanzdemokratie noch einiges Echo, so hält es ausserordentlich schwer, auch nur geringe Teilreformen wirklich durchzuführen: Die grosse Mehrheit ist nicht genügend engagiert, und die Engagierten sind meist so speziell engagiert, dass die reformerischen Anläufe nur zu rasch im Dickicht der Interessen festfahren.

Es geht uns nicht schlecht genug, dass der politische Gestaltungswille wirklich auf breiterer Basis angesprochen und mobilisiert würde. Es geht uns aber auch nicht gut genug, dass das Wort vom «helvetischen Malaise» ein leeres Schlagwort wäre. Dabei ist schwer zu sagen, wo uns eigentlich der Schuh drückt. Letzten Endes mag es darauf hinauslaufen, dass wir alle voll damit beschäftigt sind, die industrielle Wohlstandsgesellschaft auf Hochtouren zu halten, und dass wir gleichzeitig spüren, dass dies nicht der ganze Sinn des Lebens sein kann.

Gerade hier aber könnte die Botschaft der Bundesfeier manches aussagen, wenn wir nur bereit wären, sie anzunehmen. Die Geschichte der Eidgenossenschaft ist die Geschichte einer politischen Idee: der Ordnung in Freiheit, die es nicht nur nach aussen zu verteidigen, sondern auch von innen heraus, in der Kleinarbeit des politischen Alltags, immer aufs neue fortzuentwickeln und durchzugestalten gilt.

Aufbruch zu neuen Horizonten?

Wenn oben von allzu grosser Gleichgültigkeit gegenüber der Politik die Rede war, so scheint dies insofern der Korrektur zu bedürfen, als wenigstens in den organisierten Linkskreisen des Landes gegenteilige Symptome sichtbar werden: Am letzten Juniwochenende hielt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in Biel ihren ordentlichen Parteitag ab, der einen auf-

sehenerregenden Verlauf nahm. Zwar nahmen die Parteitage dieser Partei immer eine Sonderstellung ein. Während solche Anlässe bei andern grossen Landesparteien im allgemeinen einer Heerschau mit demonstrativer Geschlossenheit gleichkommen, bei der interne Ausmarchungen normalerweise unterbleiben, wurde an den Delegiertenversammlungen der SPS immer wieder die Gelegenheit wahrgenommen, Richtungskämpfe an Ort und Stelle und vor aller Öffentlichkeit auszutragen.

Am diesjährigen Parteitag war das besonders ausgeprägt. Unmittelbaren Anlass bildete die Ablösung an der Parteispitze, wo der Berner Nationalrat Grütter dem Aargauer National- und Regierungsrat Schmid Platz machte; auch Walther Bringolf zog sich aus dem Parteivorstand zurück. Der Wachtablösung kam damit der Charakter eines Generationenwechsels zu. Auf dem Hintergrund der weltweiten Unruhe im Sozialismus – er wird heute auf verschiedenste Arten interpretiert, und viele der ideologischen Gruppierungen neigen dazu, mit einem «Unfehlbarkeitsanspruch» aufzutreten – entspann sich aber darüber hinaus auch eine harte Auseinandersetzung um den künftigen Kurs. Letzten Endes ging es um das alte Dilemma: «Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch Evolution oder durch Revolution?»

Die «Progressiven» gewannen insofern eine Schlacht, als sie den Verfasser von programmatischen Vorschlägen eher traditioneller Art, den Neuenburger Staatsrat Meylan, «abschossen» und ihn im Parteivorstand durch den Bieler Pazifisten Villard ersetzten. Im übrigen aber war der neue Parteipräsident wendig genug, eine Linie einzuschlagen, die harten Tönen Raum liess, ohne den bisherigen Kurs der Partei wesentlich zu modifizieren. Der Satz in seiner Rede «Solange wir selber die bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen bejahen, werden wir nicht imstand sein, eine echte politische Alternative zum bürgerlichen Staat zu finden» war Balsam für progressive Ohren, vertrug sich aber auch ohne weiteres mit der Bestätigung des

Kurses einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung.

Es wird sich weisen, wie weit die Pläne für «antikapitalistische und antibürgerliche Alternativen» in der praktischen Parteiarbeit gedeihen werden. Die Tragfähigkeit der Parteitagstimmung ist deshalb schwer abzuschätzen, weil die Zusammensetzung der sozialistischen Delegiertenversammlungen als Folge einer sehr lockeren Parteiorganisation recht zufällig ist. Meist ist es so, dass die «progressiven» (und eher militanten) Kreise stärker vertreten sind als die «Gemässigten», weil sie diese Gelegenheiten zielstrebig auszunutzen geneigt sind als die andern. Ob sich im Bieler Parteitag wirklich eine tiefgreifende politische Welle manifestierte, wird sich also erst noch zeigen müssen.

Eine Wissenschaft im Zwielficht

Die Soziologie hat es hierzulande schwer. Während Jahrzehnten führte sie an den meisten Hochschulen eher ein Mauerblümchendasein. Und als sie sich endlich anschickte, etwas bessere Statur zu bekommen, geriet sie als weltweiter Nährboden für die Kader der «Studentenrevolution» in ein Zwielficht, das sie wohl nicht so leicht wieder los wird. Besonders krass tritt dies gegenwärtig an der Universität in Erscheinung, wo die Unruhe zunächst zwei Dozenten in grösste Schwierigkeiten brachte, dann zu einer Interimslösung in der Direktion des Soziologischen Instituts führte – ein Staatsrechtslehrer übernahm die Leitung – und schliesslich in der «Besetzung» des Instituts gipfelte. Der unmittelbare Anstoss lag nach studentischer Version in völlig unbefriedigenden Studienverhältnissen. In der Tat war seit längerer Zeit nicht alles zum besten bestellt. Und es war schwierig, etwas zu ändern, weil die Soziologie auch in Bern von manchen andern Fachvertretern ausgesprochen gering geschätzt wurde.

Es muss sich nun zeigen, ob die Sommerferien für eine Sanierung der Verhältnisse genützt werden können. Dazu wäre

wohl beidseitig eine Auflockerung der Fronten nötig. Die traditionellen Skeptiker gegenüber der Soziologie werden sich endlich mit der Existenz dieser Wissenschaft abfinden und das Beste aus der Sache machen müssen. Und die Studenten ihrerseits sollten sich noch vermehrt vor Augen halten, dass die schweizerische Soziologie nach wie vor in Wachstumsschwierigkeiten steckt, die mit einer weiteren «Politisierung» dieser Wissenschaft nur noch vergrößert würden.

Wirtschaft und Politik

Sind Bundesräte auch über ihre Amtszeit hinaus so sehr Magistratspersonen, dass sich zum Beispiel eine einträgliche Wirtschaftstätigkeit mit der Würde ihrer öffentlichen Stellung schlecht verträgt? Die überraschende, mit der öffentlichen Kritik begründete Absage alt Bundesrat Dr. Hans Schaffners an die Badener Firma Brown Boveri, deren Generalversammlung ihn zwei Tage zuvor an die Spitze des Unternehmens berufen hatte, aber auch die Diskussion um den nicht weniger überraschenden Wechsel des Zürcher Stadtrats Bieri in eine Privatbank haben schlagartig eine Problematik ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt, die unterschwellig schon seit Jahr und Tag empfunden worden war und die sicherlich nicht ganz unbeteiligt an dem ist, was wir als helvetisches Malaise zu bezeichnen pflegen: das im Grunde genommen in manchen Teilen ungelöste Verhältnis von Politik und Wirtschaft.

Zwar wären die Nebengeräusche zur Berufung Dr. Schaffners an die Spitze von BBC wohl nicht so stark gewesen, hätte sich nicht schon vorher eine ganze Reihe von höchst renommierten Grossfirmen die Mitarbeit des früheren Volkswirtschaftsministers mit Erfolg zu sichern gewusst. Im Kern geht es aber doch um die prinzipielle Frage der Querverbindungen zwischen Staat und Wirtschaft. Und hier ist es wohl an der Zeit, sich endlich klar vor Augen zu halten, dass wir nicht mehr im

19. Jahrhundert leben, wo Staat und Wirtschaft mehr oder weniger säuberlich voneinander getrennt waren. (Übrigens fehlte es auch damals nicht an dominierenden Figuren, die beiden Sätteln gerecht wurden. Das beweist eine so mächtige Gestalt wie jene des Zürchers Alfred Escher.) Heutzutage sind die beiden Bereiche fast unlösbar und manchmal auch fast undurchschaubar miteinander verbunden. Das bedingt eine andere Art von Politik und einen anderen Stil von Wirtschaftsführung.

Wenn aber die sachliche Wechselbeziehung schon so tief ist, so kann man sich ernsthaft fragen, ob nicht auch die personelle Rotation zwischen beiden Bereichen zum gegenseitigen Nutzen noch vermehrt werden sollte. In Amerika, aber auch in vergleichbaren europäischen Kleinstaaten wie den Niederlanden ist dies längst der Fall. Professoren werden Minister und dann Wirtschaftskapitäne, und umgekehrt. Auch bei uns ist ja diese Verflechtung längst Tatsache – allerdings mehr auf parlamentarischer Ebene, wobei wir sie mehr oder weniger schamhaft mit Stillschweigen zu übergehen suchen. Wenn es dabei so weit gekommen ist, dass profilierte Parlamentarier der Berufung in Exekutivämter ausweichen, weil sie als Volksvertreter bei weit geringerer politischer Abnützung sehr viel mehr verdienen, so stellt dies einen Sachverhalt dar, der wesentlich schwerwiegender ist als die Übernahme von Verwaltungsratsmandaten durch ehemalige Bundesräte.

Es wäre wohl an der Zeit, diese Dinge offen und ohne überholte Ausgangsthesen zu besprechen. Dabei wäre vor allem auch zu bedenken, dass die Würde der öffentlichen Ämter letzten Endes weniger von der Gestaltung des Ruhestandes als vielmehr von der Gestaltung der Amtszeit abhängt. Was zählt, ist die politische Leistungsfähigkeit unseres Regierungssystems. Und diese Leistungsfähigkeit wird um so grösser sein, je realistischer und illusionsloser wir den politischen Stil den tatsächlichen Verhältnissen anpassen.

Spectator

Änderung des schweizerischen Münzgesetzes

Am 6. Juli verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Revision des Münzgesetzes. Hinter der Revision dieses Gesetzes versteckt sich ein Problem von einiger politischer Sprengkraft. Es handelt sich nämlich darum, den Bundesrat zu ermächtigen, in eigener Kompetenz die Goldparität des Schweizerfrankens zu ändern; das heisst, dass der Bundesrat künftig in eigener Kompetenz über Änderungen des Wechselkurses, über Auf- oder Abwertung, wird entscheiden können. Auf Grund des gegenwärtig gültigen Münzgesetzes ist dies nur über den Weg der Gesetzgebung möglich, das heisst unter Einschaltung des Parlamentes. Die parlamentarische Behandlung eines solchen Geschäftes verhindert natürlich weitgehend, dass eine Änderung des Wechselkurses überhaupt in Erwägung gezogen werden kann; denn eine Diskussion um den Wechselkurs müsste natürlich den Schweizerfranken zum Spielball der Spekulation machen. Entscheidungen über Wechselkursänderungen haben, das liegt in der Natur der Sache, überraschend zu erfolgen.

Die Goldparität des Frankens ist in Artikel 2 des geltenden Münzgesetzes umschrieben. In diesem Artikel wird eine feste Relation zwischen dem Schweizerfranken und dem Gold, ausgedrückt in Gewichtseinheiten, gefordert. Eine Änderung der Parität würde deshalb eine Revision von Artikel 2 des Münzgesetzes voraussetzen. Diese Gesetzesrevision war bei der Abwertung des Frankens im Jahre 1936 deshalb nicht notwendig, weil damals ein Finanznotrecht bestand, das den Bundesrat zu einem solchen Vorgehen ermächtigte.

Die «schweizerische Lösung», dass eine Wechselkursänderung nur unter Anrufung des Parlamentes vorgenommen werden kann, ist ein Unikum. Es wider-

spricht allen Erfordernissen, die vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus an eine solche Massnahme gestellt werden müssen. Infolge dessen ist das Vorgehen des Bundesrates, das übrigens als Reflex einiger parlamentarischer Vorstösse zu werten ist, vom Verlangen getragen, die Schweiz «langsam, aber sicher» auch in der Wirtschaftspolitik in einen modernen Staat zu verwandeln. Die schweizerische Regierung muss in der Wechselkurspolitik Handlungsfreiheit haben, wenn dieses Instrument nicht überhaupt blockiert bleiben soll.

Es ist vorauszusehen, dass diese Absicht im Parlament auf starke Opposition stossen wird. Insofern kann man sich fragen, ob der Zeitpunkt für eine solche Gesetzesänderung glücklich gewählt ist, denn sie fällt unmittelbar in die Endphase einer konjunkturpolitischen Debatte, in der die Paritätsfrage eine gewisse Rolle spielte. Die Emotionen, die bei dieser Gelegenheit aufgewühlt wurden, werden sich sicherlich teilweise auf die Auseinandersetzung um die Änderung des Münzgesetzes übertragen. Andererseits ist natürlich auch zuzugeben, dass der Zeitpunkt für eine solche Revision immer «schlecht» ist; es gibt dafür wohl keinen günstigen Zeitpunkt, mindestens solange nicht, als nicht über einen längeren Zeitraum an der Währungsfront Ruhe eingetreten ist.

Die Versicherung des Bundesrates, dass Wechselkursänderungen nicht für konjunkturpolitische Ziele eingesetzt werden – und an dieser bundesrätlichen Zusicherung ist wohl nicht zu zweifeln –, wird an dieser Situation nicht viel ändern können. Der Bundesrat hat seinen Entscheid vom Oktober des letzten Jahres bekräftigt, dass eine Aufwertung des Frankens zur Bekämpfung der Geldentwertung, die durch den gegenwärtig sich entfaltenden Boom entstanden ist, nicht in Betracht komme. Es geht also in erster Linie um die Korrektur einer Anomalie. Es kann in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass auch im Ausland die

Festsetzung der Goldparität durch die Regierung die Regel ist; und ausser in der Schweiz besteht in keinem anderen Lande die Möglichkeit einer Volksabstimmung über Paritätsfragen.

Die Bundesrepublik in konjunktureller Bedrängnis

In der Bundesrepublik hat der nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eingefärbte Kampf um eine konjunkturpolitische Stabilitätspolitik Ergebnisse gezeitigt. Am 7. Juli hat das Bundeskabinett nach einer «bewegten» Vorgeschichte über die Stabilisierungsmassnahmen beraten und die Zustimmung der FDP-Fraktion sowie der SPD-Fraktion erreicht. Bereits vor diesem Datum war von der Regierung die Investitionsbremse angezogen worden, indem die steuerlichen Vergünstigungen für Abschreibungen auf neuen Investitionen vorübergehend suspendiert wurden. Diese Massnahme ist auf Grund des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes möglich. Die Bundesregierung hat nun diesen Entscheid mit steuerlichen Massnahmen ergänzt:

- Uneingeschränkt Steuerpflichtige, die der Einkommens- und Korporationssteuer unterstehen, haben zu den Vorauszahlungen, die zwischen dem 1. August 1970 und dem 30. Juni 1971 fällig werden, einen rückzahlbaren Zuschlag von 10 Prozent zu entrichten.
- Uneingeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer haben bei jeder Lohnzahlung in der Zeit zwischen dem 1. August 1970 und dem 30. Juni 1971 einen rückzahlbaren Konjunkturzuschlag von 10 Prozent zu entrichten.
- Die Rückzahlung dieser Zuschläge soll spätestens am 31. März 1973 erfolgen.
- Die Finanzämter müssen den Konjunkturzuschlag besonders erfassen und auf einem Konto bei der Bundesbank stilllegen.

Von dieser Massnahme, die auf eine Abschöpfung der Kaufkraft, auf eine

Bremmung der Nachfrage angelegt ist, werden etwa 10 Millionen Steuerpflichtige betroffen. Der so abgeschöpfte Betrag wird auf rund 5,2 Milliarden D-Mark geschätzt.

Die Opposition ist natürlich sofort in Aktion getreten. In der diesem Thema gewidmeten Parlamentsdebatte – die Steuervorauszahlungen brauchen eine gesetzliche Grundlage – hat die Opposition der Regierung vor allem vorgeworfen, dass sie mit ihren Massnahmen zu spät komme und dass ihre Politik insofern inkonsequent sei, als sie auf der einen Seite bremse, auf der anderen Seite aber über eine expansive Haushaltspolitik die Wirtschaft wieder anheize. Die Vorlage wurde dann nur mit den Stimmen der SPD und der FDP angenommen.

Erste Anpassungsübungen in Grossbritannien

Die neue konservative Regierung hat keinen leichten Stand; die Wirtschaft befindet sich in einer Phase inflationärer «Konvulsionen» und einer Bedrohung des sozialen Friedens durch Streiks grösseren Ausmasses. Im Zentrum der Streikbewegung stehen momentan die britischen Docks, ein Sektor also, der in der britischen Wirtschaft sehr verletzlich ist. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich diese Entwicklung auch schon in der Haltung des Pfund Sterlings zu spiegeln begonnen hat.

Erwartungsgemäss hat die britische Wirtschaftspolitik nach dem Siege der Konservativen keine drastische Wendung erfahren. Momentan sind die Experten des Schatzamtes damit beschäftigt, die Budgetlage des Landes zu überprüfen. Ob mit einem Zusatzbudget gerechnet werden kann, das den Intentionen der Konservativen entgegenkommen würde, ist noch keineswegs gewiss. Die mit der lohninduzierten Inflation zusammenhängende Nachfragesteigerung hat zu keiner Belebung der Produktion geführt, weshalb das Verlangen nach monetären und fiskalischen Ankurbelungsmassnahmen in England immer deutlicher zu vernehmen ist. Die Konser-

vativen haben in ihrem Wahlkampfe das Versprechen abgegeben, die ohnehin umstrittene Selective Employment Tax sobald als möglich abzuschaffen. Möglicherweise sind in den kommenden Wochen fiskalpolitische Massnahmen zu erwarten.

Das Hauptziel der Konservativen besteht offenbar darin, ein erhöhtes wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, und zwar ein Wachstum, das die Zahlungsbilanzsituation nicht beeinträchtigt. Es wird für die neue Regierung sodann auch wichtig sein, dass sie gute Beziehungen zu den Sozialpartnern, vor allem zu den Gewerkschaften, herzustellen vermag. Den Konservativen schwebt der Erlass eines Rahmengesetzes vor, das die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber festlegen soll. Durch die Einführung von Gesamtarbeitsverträgen, verbesserten Verhandlungsprozeduren und Massnahmen zur Verhinderung von wilden Streiks verspricht sich die Regierung eine positive Wirkung auf die wirtschaftliche Produktivität.

Mit der wirtschaftlichen Problematik eng verbunden ist natürlich Grossbritanniens neuer Anlauf, die EWG-Mitgliedschaft zu erreichen. Im Hintergrund der bevorstehenden Verhandlungen, die zu Beginn des Herbstes richtig anlaufen werden, steht nicht zuletzt die taktische Absicht der Regierung, mit dem «Vorwand» der EWG-Mitgliedschaft gewisse binnenwirtschaftliche Reformen durchführen zu können, die ohne dieses starke Argument politisch nicht zu bewältigen wären. Der Geist, in dem die konservative Regierung an die EWG-Verhandlungen heranzutreten beabsichtigt, ist im Text einer Rede enthalten, die Heath, selbst ein gewiegter Integrationspolitiker, am 5. Mai vor der britischen Handelskammer in Paris hielt. Es heisst darin, die Sechs könnten mit Recht von Grossbritannien erwarten, dass es die Verträge anerkenne. Grossbritannien müsse auch die Entschlossenheit der Sechs, die Gemeinschaft weiter auszubauen, akzeptieren und an der Gestaltung aktiv teilnehmen. Das Ziel müsse sein, ein Europa mit fest umrissenen eigenen Le-

benszügen zu schaffen. Andererseits müssten die Sechs den britischen Beitritt zu Bedingungen möglich machen, die auf kurze Frist tragbar seien und auf längere Frist deutliche Vorteile in Aussicht stellen. Aus diesen Worten spricht eine Kompromissbereitschaft, die als gutes Omen zu werten ist.

Steigende Schwierigkeiten in Italien

Es scheint, dass sich die latente politische Krise in Italien nun mehr und mehr auch auf die Wirtschaft zu übertragen beginnt. Bisher zeigte sich die Wirtschaft in einem geradezu erstaunlichen Ausmasse gegenüber den politischen Krisen resistent. Wird sich dies in Zukunft ändern? Einige Anzeichen deuten darauf hin. Der dramatische Appell des Schatzministers, dass niemand mehr für das Gleichgewicht der Wirtschaft garantieren könne, wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten noch einige Monate andauern sollten, ist sicherlich ernst zu nehmen.

Die massiven Lohnforderungen, zusammen mit den unablässigen Streiks, haben das Land nun doch in eine spürbare Inflation getrieben; die 6-Prozent-Grenze ist nun erreicht, die zu Beginn des Jahres als Gefahrenschwelle deklariert wurde. Die Entwicklung der Zahlungsbilanz ist nicht mehr über alle Zweifel erhaben, und die Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes ist in einigen Sektoren schon klar in Erscheinung getreten. Die Ausgabenexplosion der öffentlichen Hand konnte nicht gestoppt werden; die Finanzierung der Staatsausgaben durch die Notenbank hat ein beunruhigendes Ausmass angenommen. Italien geht zweifellos schwierigen wirtschaftlichen Zeiten entgegen.

Internationale Währungsordnung und Wechselkurs

Das Thema, die Wechselkurse im Rahmen der bestehenden Währungsordnung flexibler zu gestalten, beherrscht bekanntlich

seit einiger Zeit die währungspolitische Diskussion. Eine grössere Flexibilität wird vor allem von den Vereinigten Staaten befürwortet. Ort der Auseinandersetzungen ist insbesondere die sogenannte «Arbeitsgruppe 3» des bei der OECD bestehenden Wirtschaftsausschusses sowie der sogenannte «Zehnerklub».

Die im Vorfeld der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institute diskutierten Varianten beziehen sich einmal auf eine Verbreiterung der Bandbreiten, die die Schwankungslimiten der Kurse fixieren, auf die Möglichkeit einer vorübergehenden Freigabe der Wechselkurse und endlich auf die Einführung der sogenannten «Crawling pags», das heisst auf eine Methode, die als notwendig erachteten Paritätsanpassungen in kleinen Schritten vornehmen zu können.

Es ist jedoch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass sich die in Aussicht zu nehmende Lösung nicht auf revolutionärem Pfade bewegen wird. Obwohl es natürlich zutreffend ist, dass das System fixer Wechselkurse mit verschiedenen Schwierig-

keiten verbunden ist, vor allem auch das Inflationsproblem «internationalisiert» beziehungsweise jene Länder, die sich währungspolitischer Disziplin befleißigen, «bestraft», so ist doch kaum anzunehmen, dass die Währungsordnung in dieser Beziehung in naher Zukunft einer grundlegenden Umstrukturierung unterzogen werden könnte. Die konservative Haltung hat sich mit der Einkehr relativer Ruhe an der Währungsfront eher noch verstärkt. Der Währungsfonds selbst hat von allem Anfang an klargestellt, dass allfällige Reformbestrebungen immer von vier Voraussetzungen ausgehen müssten: Beibehaltung der festen Wechselkursparitäten, Anwendung wechselkurspolitischer Korrekturen weiterhin nur im Falle von sogenannten «fundamentalen Ungleichgewichtslagen», Konsultation des Internationalen Währungsfonds als Voraussetzung für eine neue Festsetzung der Paritäten. Somit ist die Spannweite für Reformen sehr schmal.

Oeconomicus